



Detailansicht des Registereintrags

MAIK GEORGI DVAG AG BÜRO FÜR VERSICHERUNGEN

Aktuell seit 07.02.2026 15:45:48

Natürliche Person

| | |
|-------------------------------------|--|
| Registernummer: | R007363 |
| Ersteintrag: | 07.05.2025 |
| Letzte Änderung: | 07.02.2026 |
| Letzte Jahresaktualisierung: | – |
| Tätigkeitskategorie: | Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater |

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige
Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,00

Mitgliedschaften (2):

1. CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS
2. Volkssolidarität Bundesverband e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (52):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren; Wahlrecht; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Sonstiges im Bereich "Deutsche Einheit"; Allgemeine Energiepolitik; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Familienpolitik; Seniorenpolitik; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Kultur; Fischerei/Aquakultur; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Kommunikations- und Informationstechnik; Urheberrecht; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Zivilrecht; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Unfallversicherung; Profisport; Sonstiges im Bereich "Sport, Freizeit und Tourismus"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Straßenverkehr; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Versicherungswesen; Vermittlung von Versicherungen als gebundener Vermittler gemäß § 34d Abs. 7 GeWo, Energielieferungsverträgen, Verträgen über den Handel mit Gold

Die Interessenvertretung wird in eigenem Interesse und im Auftrag Dritter ausschließlich selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Förderung von Nachhaltigkeit bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Europa ist ein zentraler Bestandteil der wirtschaftlichen und ökologischen Strategie der EU.

Es gibt verschiedene Programme und Initiativen, die KMU dabei unterstützen, nachhaltige Praktiken in ihre Geschäftsmodelle zu integrieren. Beispielsweise gibt es Förderprogramme wie das Nachhaltigkeitsprogramm für KMU in Brandenburg, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert wird und Unternehmen bei der Umstellung auf nachhaltiges Wasser- und Stoffstrommanagement unterstützt.

Zudem hat die Europäische Kommission Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit von KMU eingeführt, darunter eine neue Verordnung zur Bekämpfung von Zahlungsverzug und eine Vereinfachung der Besteuerung für KMU.

Direktinvestitionen in Unternehmen und Sachwerte sind ein wichtiger Trend für institutionelle Investoren wie Generali.

Diese Art von Investitionen ermöglicht es, direkt in reale Sachwerte wie Infrastrukturprojekte, erneuerbare Energien oder Unternehmensbeteiligungen zu investieren, ohne den Umweg über klassische Finanzinstrumente wie Aktien oder Anleihen zu nehmen.

Die Deutsche Bundesbank definiert Direktinvestitionen als Kapitalanlagen, die darauf abzielen, langfristig und maßgeblich Einfluss auf ein Unternehmen auszuüben, insbesondere wenn der Investor mindestens 10 % der Anteile oder Stimmrechte hält.

Generali hat bisher mehr als 20 Milliarden Euro in Infrastrukturprojekte und direkte Finanzierungen für Unternehmen investiert, darunter über 6 Milliarden Euro in EU-Projekte. Ein Beispiel ist die Fenice-190-Fondsinitiative, die ins Leben gerufen wurde, um die wirtschaftliche Erholung nach der COVID-19-Pandemie zu unterstützen. Diese Initiative umfasst ein Investitionsvolumen von 3,5 Milliarden Euro über fünf Jahre und konzentriert sich auf Infrastruktur, Innovation, Digitalisierung, KMU-Finanzierung, nachhaltigen Wohnungsbau sowie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.

In Bezug auf die rechtlichen Grundlagen für solche Investitionen und Fördermaßnahmen sind verschiedene deutsche und europäische Gesetze relevant. Die deutsche Gesetzgebung, einschließlich des Grundgesetzes, des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) und des Handelsgesetzbuchs (HGB), regelt unter anderem die Rahmenbedingungen für Unternehmensfinanzierung und Investitionen.

Zudem hat die EU einen erheblichen Einfluss auf die deutsche Gesetzgebung, insbesondere in Bereichen wie Umweltpolitik, Landwirtschaft und Wirtschaft. Studien zeigen, dass etwa 50–60 % der deutschen Gesetze in diesen Bereichen auf EU-Vorgaben zurückgehen.

Das Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene unterscheidet sich von dem in Deutschland, da die Europäische Kommission die alleinige Befugnis hat, Gesetzesvorschläge einzubringen, die dann vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat verhandelt werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Honorarberatung im Versicherungsbereich

Beschreibung:

Die Vorgaben der Richtlinie über die Anforderungen an Versicherungsvermittler werden in der Gewerbeordnung umgesetzt. Die von der Richtlinie vorgegebenen Verhaltens- und Informationspflichten werden zivilrechtlich im Versicherungsvertragsgesetz umgesetzt. In das Versicherungsaufsichtsgesetz werden diejenigen Vorgaben der Richtlinie aufgenommen, die den Direktvertrieb durch Versicherungsunternehmen betreffen.

Die Koalitionsvereinbarung zum Ausbau der Honorarberatung wird in der Gewerbeordnung umgesetzt.

Die Strafvorschriften im Außenwirtschaftsgesetz werden angepasst.

Interessenbereiche:

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro